

Protokoll der Sitzung des Landesschulbeirates am 13. Januar 2016

Ort: OSZ Banken, Immobilien und Versicherungen (OSZ BIV), Mensa
Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 20:45 Uhr
Teilnehmerinnen und Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

TOP 1

Begrüßung, Feststellung der Tagesordnung/Aktuelles

Der amtierende Vorsitzende, Herr Körner, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden zur ersten Sitzung der neuen Wahlperiode. Insbesondere bedankt sich Herr Körner für die Unterstützung bei der Suche nach einem Ersatz für den ursprünglichen Sitzungsraum im Roten Rathaus, der kurzfristig nicht zur Verfügung stand. Ausdrücklich begrüßt Herr Körner den Staatssekretär für Bildung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Herrn Mark Rackles, und dankt ihm für seine Bereitschaft, über das Thema „Flüchtlinge und Schule“ zu berichten.

Als Gäste sind anwesend: Frau Müller, die Leiterin des OSZ BIV und Frau Takano-Forck vom Bundeselternrat.

Einwände gegen die Anwesenheit der Gäste werden nicht erhoben.

Die Tagesordnung wird mit dem Hinweis angenommen, dass der TOP 11 vertagt werden muss. Da aus Zeitgründen die erforderliche Stellungnahme des Beirats für Berufliche Schulen noch nicht eingeholt werden konnte, wird die Anhörung verschoben.

Herr Körner erklärt für die neuen Mitglieder in Kürze den organisatorischen Ablauf der Sitzungen und weist auf zwei Fachsitzungen hin: am 10. Februar 2016 ist eine Fachsitzung zum Thema „Schulessen“ in Planung, am 23. Februar 2016 zum Thema „Berufliche Schulen“. Interessierte sind gebeten, sich in die umlaufenden Teilnehmerlisten einzutragen.

TOP 2

Aktuelle Informationen zum Thema Flüchtlinge und Schule von Herrn Staatssekretär Rackles

Einleitend berichtet Herr Rackles, dass im Rahmen des Doppelhaushaltes 2016/17 erhebliche Mittel für verschiedene Schwerpunktthemen im Bereich Schule zur Verfügung gestellt wurden, zu denen jetzt Konzepte zur Umsetzung entwickelt werden.

Hier nennt er

- Die Weiterentwicklung des Konzeptes zur Inklusion.
- Die Stärkung der außerschulischen Lernorte Jugendkunstschulen, Gartenarbeitsschulen und Jugendverkehrsschulen. Hierzu sind in 2016 und 2017 jeweils zwei Mio. € zentral im Haushalt der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft veranschlagt.
- Die verwaltungsmäßige Unterstützung der Schulen im IT-Bereich. Hierfür sind im Haushalt der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft zentral 1 Mio € eingestellt. In einem ersten Schritt könnten vier Schulen je Bezirk eine IT-Wartung erhalten.
- Der sog. „Verfügungsfonds“ (bis zu 20.000 € je Schule). Mit dem Verfügungsfonds sollen die allgemeinbildenden und beruflichen öffentlichen Berliner Schulen einschließlich der Kollegs in ihrer Selbstständigkeit und Eigenverantwortung gestärkt werden. Das zusätzliche Budget soll flexibel und je nach individuellen schulischen Bedingungen gezielt eingesetzt

werden, z.B. für Fortbildungs- und Qualifizierungsbedarfe, Koordinierungsaufwendungen für die Entwicklung der Einzelschule zur inklusiven Schule, zusätzliche schulische Projekte oder kleine Instandhaltungsarbeiten.

- Den Schulbau und die Schulsanierung.
- Die Beschulung von Flüchtlingskindern.

Dies vorausgeschickt, wendet sich Herr Rackles dem Thema Flüchtlinge zu und berichtet, dass von rund 60.000 Flüchtlingen in Berlin ca. 22 % Schulkinder und 10% Kita-Kinder sind. Ca. 7.500 Flüchtlingskinder und -jugendliche werden in rd. 740 bis 750 Willkommensklassen beschult, ca. 5.000 im Regelsystem. In den Bezirken Lichtenberg, Treptow-Köpenick und Pankow sind am meisten Schülerzuwächse zu verzeichnen; diese belaufen sich auf ca. 37%. Trotz der hohen Zahlen wird es keine gesonderten Schulen für Flüchtlingskinder geben, vielmehr soll die Schulpflicht an Regelschulen erfüllt werden. Entgegen anders lautenden Berichten in der Presse soll auch auf dem Flughafen Tempelhof weder eine eigene Kita noch eine eigene Schule eingerichtet werden. Die Flüchtlingskinder sollen vielmehr in Gruppen auf mehrere Schulen verteilt werden. Daneben wird über die Bereitstellung von 20 bis 30 Räumen auf dem ehemaligen Flughafengelände für schulvorbereitende/-begleitende Maßnahmen nachgedacht (Stichwort „Fit für Schule“).

Herr Rackles hebt hervor, dass sich das Berliner System der Willkommensklassen grundsätzlich bewährt. Problematisch ist allerdings weiterhin, dass die Erstregistrierung der Flüchtlinge zu lange dauert und dass es in einigen Bezirken Engpässe bei den Gesundheitsuntersuchungen gibt.

Besondere Schwierigkeiten stellen sich bei der Gruppe der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge, da für diese zunächst ein Vormund bestellt werden muss, bevor Gesundheitsuntersuchungen bzw. Impfungen vorgenommen werden dürfen. An einer Optimierung des Verfahrens wird gearbeitet, damit diese Kinder möglichst schnell eine Schule besuchen und damit ihrer Schulpflicht nachkommen können.

Herr Rackles führt aus, dass der schwierige Übergang von den Willkommens- in die Regelklassen weiter verbessert werden soll und bittet hierzu um Vorschläge und Anregungen aus dem Gremium.

Um die allgemeinbildenden Schulen zu entlasten, werden gezielt berufsvorbereitende Angebote für ältere Kinder/Jugendliche an OSZs eingerichtet. Derzeit handelt es sich um ca. 60 Klassen. Inzwischen haben auch einige Privatschulen Willkommensklassen eingerichtet. Problematisch ist weiterhin die Frage, wie dort der Übergang in die Regelklassen an der gleichen Schule organisatorisch gelingen kann, da es schulrechtlich nicht möglich ist, Plätze für diese Personen gezielt vorzuhalten.

Herr Rackles betont, dass eine Unterbringung von Flüchtlingen in Turnhallen bedauerlicherweise alternativlos ist. Er hofft, dass keine weiteren Sporthallen für diesen Zweck in Anspruch genommen werden müssen, schließt dies jedoch nicht ganz aus. Bei der Auswahl der Räumlichkeiten wurde insbesondere darauf geachtet, dass sich hieraus so wenig Unterrichtsausfall wie möglich ergibt. Eine Belegung mit Flüchtlingen erfolgt hauptsächlich zu Lasten der Grundstufe und Sekundarstufe I, um die Sekundarstufe II (Abiturbenotung) abzusichern.

Herr Rackles weist auf ein Schreiben von Frau Senatorin Scheeres an die Schulleitungen der öffentlichen Schulen vom 12. Januar 2016 hin (lag als Tischvorlage aus und wurde an die Mitglieder versandt). Hierin wird ausgeführt, dass für die Zeit der Hallenbelegung ein Sonderbudget von 1,5 Mio € zur Verfügung steht, aus dem berechnete Schulen Mittel von bis zu 2.000 € monatlich abfordern können.

Darüber hinaus wurde mit der BVG eine Vereinbarung getroffen, nach der es möglich sein wird, das sog. Klassenticket für Klassenverbände bis Klassenstufe 10 zu nutzen, um Transporte zu entfernten Sporthallen kostengünstig zu ermöglichen.

Wenn es möglich sein wird, Sporthallen vereinzelt wieder freizuziehen, soll eine Prioritätenliste erarbeitet werden, in welcher Reihenfolge dies geschehen soll. Hier wird der Landessschulbeirat um Vorschläge gebeten.

Werden Hallen frei gezogen, erfolgt zunächst eine Begutachtung, dann ggf. eine Sanierung. Für den Rückbau der Sporthallen stehen Mittel bereit, bei der Umsetzung gibt es in einzelnen Bezirken noch Schwierigkeiten, so dass eine Optimierung wünschenswert ist. Dies könnte z.B. darin bestehen, einen Dienstleister zentral einzukaufen. Es wurde ein Erfassungsbogen entwickelt, um den Bedarf für alle schulischen Liegenschaften zu ermitteln, Rückläufe sind von drei Bezirken erfolgt, die übrigen sollen bis 31. März 2016 vorliegen.

Herr Rackles weist auf ein Informationsblatt für Flüchtlinge mit Schulkindern hin, welches in den Notunterkünften ausgehängt wird und im Internet auf der Seite der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft veröffentlicht ist (s. <http://www.berlin.de/sen/bjw/fluechtlinge/>). Spezielle Merkblätter zur Elternarbeit an Schulen gibt es (noch) nicht, sollte Bedarf bestehen, erbittet Herr Rackles entsprechende Hinweise.

Herr Rackles informiert darüber, dass die Kultusministerkonferenz Regelungen für den Hochschulzugang von Flüchtlingen verabschiedet hat. Die Länder haben sich über ein gemeinsames Vorgehen in Fällen verständigt, in denen eine Studienbewerberin oder ein Studienbewerber fluchtbedingt eine im Heimatland erworbene Hochschulzugangsberechtigung nicht oder nur unvollständig mit Dokumenten nachweisen kann. Zur erleichterten Nachweisführung wird ein dreistufiges Verfahren zur Studierfähigkeit eröffnet. (siehe KMK-Beschluss vom 3. Dezember 2015: http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/2015/BS_151203_HochschulzugangHochschulzulassung_Fluechtlinge_1_02.pdf).

TOP 3

Fragen des Landessschulbeirates zu aktuellen Themen

Die schriftlichen Antworten zu den Anfragen 01-16 bis 03-16 sind der Anlage 1 zu entnehmen.

Der neue Rahmenlehrplan liegt nunmehr in gedruckter Form vor, dem Landessschulbeirat sind mehrere Belegexemplare zugesagt. Das Gremium erbittet hingegen für jedes Mitglied eine Ausfertigung. Herr Körner sagt eine Klärung zu.

TOP 4

Rechenschaftsbericht des Vorstandes für das Jahr 2015

Der Rechenschaftsbericht lag als Tischvorlage aus.

TOP 5

Feststellung der Beschlussfähigkeit der Mitglieder

Es sind 28 stimmberechtigte Mitglieder anwesend, damit ist das Gremium beschlussfähig.

TOP 6

Bestimmung einer Wahlleiterin oder eines Wahlleiters

Die Wahlleitung wird von Frau Christine Stollberg-Goetze übernommen, als Wahlhelfer fungieren Herr Hans-Detlef Glücklich und Herr Paul Jorek.

TOP 7

Wahlen gemäß § 119 Absatz 1 Schulgesetz

Wahl einer oder eines Vorsitzenden

Vorgeschlagen wird Herr Frank Körner, es gibt keine weiteren Vorschläge. Herr Körner erklärt sich bereit zu kandidieren und stellt sich vor. Es gibt keine weiteren Fragen, eine Aussprache wird vom Gremium nicht gewünscht.

Es wird eine offene Wahl durchgeführt.

Auf Herrn Körner entfallen 28 Ja-Stimmen, keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen.

Herr Körner nimmt die Wahl an und ist damit als Vorsitzender wiedergewählt.

Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter nach der Geschäftsordnung des Landesschulbeirates

Wahl von zwei Schülervorteuerinnen oder Schülervorteuereern

Vorgeschlagen werden Herr Aaron Steinacker und Herr Tobias Schwuchow. Beide erklären sich bereit zu kandidieren und stellen sich vor. Eine Aussprache wird vom Gremium nicht gewünscht.

Es wird eine offene Blockwahl durchgeführt.

Auf beide Kandidaten entfallen je 28 Ja-Stimmen, keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen.

Herr Aaron Steinacker und Herr Tobias Schwuchow nehmen die Wahl an.

Wahl von zwei Lehrervertreuerinnen oder Lehrervertreueern

Vorgeschlagen wird Herr Joachim Koschinski; es gibt keine weiteren Vorschläge. Von Herrn Koschinski, der nicht anwesend ist, liegt eine schriftliche Bereitschaftserklärung zur Kandidatur vor. Die Vorstellung entfällt, es gibt aber auch keine weiteren Fragen, eine Aussprache wird vom Gremium nicht gewünscht.

Es wird eine offene Wahl durchgeführt.

Auf Herrn Koschinski entfallen 25 Ja-Stimmen, keine Gegenstimmen, drei Enthaltungen.

Herr Koschinski ist damit als Stellvertreter wiedergewählt.

Wahl von zwei Elternvertreuerinnen oder Elternvertreueern

Vorgeschlagen werden Herr Isa Özdemir, Herr Jens Kaminski, Frau Carmen Ashton und Herr Peter Heckel. Alle erklären sich bereit zu kandidieren und stellen sich vor. Es gibt keine weiteren Fragen, eine Aussprache wird vom Gremium nicht gewünscht.

Es wird eine geheime Wahl durchgeführt.

Die meisten Stimmen entfallen auf Herrn Özdemir und Herrn Kaminski.

Herr Özdemir und Herr Kaminski nehmen die Wahl an.

Wahl von zwei Vertreterinnen oder Vertretern der gesellschaftlich relevanten Gruppen

Vorgeschlagen wird Herr Ferdinand Horbat, es gibt keine weiteren Vorschläge. Herr Horbat erklärt sich bereit zu kandidieren und stellt sich vor. Es gibt keine weiteren Fragen, eine Aussprache wird vom Gremium nicht gewünscht.

Es wird eine offene Wahl durchgeführt.

Auf Herrn Horbat entfallen 27 Ja-Stimmen, keine Gegenstimmen, eine Enthaltung.

Herr Horbat nimmt die Wahl an und ist damit als Stellvertreter wiedergewählt.

Wahl von zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Beirates Berufliche Schulen

Vorgeschlagen wird Frau Isabella Vogt-Schwarze, es gibt keine weiteren Vorschläge. Frau Vogt-Schwarze erklärt sich bereit zu kandidieren und stellt sich vor. Es gibt keine weiteren Fragen, eine Aussprache wird vom Gremium nicht gewünscht.

Es wird eine offene Wahl durchgeführt.

Auf Frau Vogt-Schwarze entfallen 27 Ja-Stimmen, keine Gegenstimmen, eine Enthaltung. Frau Vogt-Schwarze nimmt die Wahl an und ist damit als Stellvertreterin wiedergewählt.

TOP 8

Berichte der Schülerinnen und Schüler

Der Vorsitzende des Landesschülerausschusses, Herr Danilov, berichtet über die Bundesschülerkonferenz im Dezember 2015 in Hannover zum Thema „Flüchtlinge und Integration“.

Die nächste Bundesschülerkonferenz wird vom 29. bis 31. Januar 2016 in Berlin stattfinden zum Thema „Nachhaltigkeit“.

TOP 9

Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 10

Schulversuch „Verlässliche Anbindung von Integrierten Sekundarschulen ohne eigene gymnasiale Oberstufe an Schulen mit gymnasialer Oberstufe“

Herr Schmidt und Herr Dr. Nix von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft referieren über den bereits begonnenen Schulversuch an der Schule am Schillerpark und dem Lessing-Gymnasium. Ziel ist die Steigerung der Attraktivität der teilnehmenden Integrierten Sekundarschule, die über keine eigene gymnasiale Oberstufe verfügt, durch die intensive Kooperation mit dem Lessing-Gymnasium.

In Berlin ist diese Art der Kooperation bisher einmalig, gleichwohl wird eine Ausweitung auf andere Schulen für möglich gehalten. Hierzu wären jeweils Schulversuchsgenehmigungen und die Zustimmung der jeweiligen Bezirke einzuholen.

Es gibt daneben auch Überlegungen zu anderen Formen von Kooperationen, diese Planungen sind aber noch nicht entscheidungsreif.

Der Landesschulbeirat beschließt, dazu positiv Stellung zu nehmen und empfiehlt eine Ausweitung auf andere Schulen. Der Vorstand wird die Stellungnahme in der kommenden Sitzung redaktionell fertig stellen. Beschluss - einstimmig -

TOP 11

3. Verordnung zur Änderung der Vorschriften für Berufliche Schulen im Land Berlin

Dieser TOP wird vertagt, da der Entwurf zuerst dem Beirat Berufliche Schulen vorgelegt werden soll.

TOP 12

Verschiedenes

Herr Körner informiert darüber, dass für die Sitzungen in der ersten Jahreshälfte die politischen Parteien zu Vorstellungsrunden geladen wurden, ein von der SPD benanntes Mitglied wird im Februar in der Auftaktveranstaltung den Anfang machen.

Für die Sitzung im Februar außerdem Herr Hansen von der Senatsbildungsverwaltung als Referent eingeladen, der über den Stand zum eGovernment berichten wird.

(Vorsitzender)
Frank Körner

Birgit Pietrek
(Protokollantin)